GANZ SICHER BERLIN

SPD LANDESVERBAND BERLIN
MÜLLERSTRAßE 163 · 13353 BERLIN

An
Silvia Fehrmann & Oliver Baurhenn
Rat für die Künste Berlin
-per E-Mail-
fehrmann.berlin@daad.de

SPD LANDESVERBAND BERLIN
Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

Fon: 030 - 4692-222
Fax: 030 - 4692-164
berlin@spd.de
https://spd.berlin

Berlin, 27. 08. 2021

Sehr geehrte Frau Fehrmann,
sehr geehrter Herr Baurhenn,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Landeswahlprogramm. Gerne beantworten wir Ihnen Ihre Fragen anlässlich der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Die beigefügten Antworten bieten Ihnen einen Überblick über die Maßnahmen und das Engagement der Berliner SPD im Bereich der Kunst- und Künstler:innenförderung.
Das gesamte Wahlprogramm finden Sie unter: spd.berlin/wahlprogramm sowie unser „Zukunftsprogramm Neustart Berlin“ unter spd.berlin/neustart-berlin.

1. **Sicherung der bestehenden Kulturangebote**

Kunst, Kultur und Kreativität sind tragende Säulen der Hauptstadt und Teil von Berlins Selbstverständnis. Ausstellungen, Bibliotheken, Clubkultur, Festivals wie die Berlinale, Film, freie Szene, Galerien, Gedenkstätten, Industriekultur, Kinos, Kneipen, Chöre, Konzerthäuser, Museen, Musikclubs, Tanzkultur, Opern und Theater und vieles mehr prägen die weltweite Strahlkraft unserer Stadt. Sie alle stehen für unsere offene Gesellschaft und ihren Zusammenhalt.
Gerade in dieser Zeit braucht die Kulturszene aber unsere besondere Unterstützung. Wir wollen Berlins einmalige Kulturlandschaft neu beleben, sichern, fördern und weiterentwickeln. Wir haben ein vielfältiges Verständnis von Kultur, zu dem auch die Club- und Kneipen-Szene in unseren Kiezen gehört. Die Corona-Pandemie hat die in der Kultur tätigen Menschen hart getroffen: In den meisten Bereichen erlebten sie eine lange währende Einschränkung ihrer Auftritts- und Präsentationsmöglichkeiten. Außerhalb der kulturellen Institutionen hat das vielfach zu Existenznot geführt. Um die Folgen der

Pandemie aufzufangen, starten wir eine **Kulturoffensive**, die durch einen Sonderfonds Anschubfinanzierung geben kann, um zusätzliche Veranstaltungen in freien Bühnen, Projekträumen, Clubs und anderen Häusern zu ermöglichen. Dies gilt auch für barrierefreie Kulturangebote. Hierfür sollen Programme des Bundes und des Landes genutzt werden.
Berlin ist weltweit einer der bedeutendsten Produktionsstandorte für Kunst und hat durch seine künstlerischen Produktionen ein einzigartiges kulturelles und wirtschaftliches Potenzial entwickelt. Gerade unter den Bedingungen der wachsenden Stadt braucht Berlin ausreichend Ateliers, Produktions- und Präsentationsorte für die hier lebenden bildenden Künstler:innen. **Unser Ziel bleibt es, Künstler:innen in Berlin auch bei anhaltenden Mietsteigerungen und Verdrängungsprozessen eine Grundversorgung mit bezahlbaren Ateliers zu gewährleisten**. Die kontinuierlichen Bemühungen, dem Ateliernotstand in Berlin entgegenzuwirken, erzielten Fortschritte – daran muss aber auch in der kommenden Legislatur weitergearbeitet werden.

Zusätzlich planen wir mit dem **Zukunftsprogramm „Neustart Berlin“** ein Jahrzehnt der Investitionen und richten uns gezielt an die vier am stärksten von der Pandemie betroffenen Branchen. Mit Blick auf die angespannte Haushaltslage nach der Pandemie stellen wir in unserem Landeswahlprogramm klar: **Mit der Berliner SPD wird es kein „Herausparen“ aus der Krise geben**. Wir unterstützen gezielt die vier Branchen Hotel- und Gastgewerbe, Veranstaltungswirtschaft, Messen und Kongresse, den stationären Einzelhandel sowie die Berliner Kulturwirtschaft. Wir wollen dafür insgesamt mindestens 1 Milliarde Euro aus bestehenden und neuen Programmen mobilisieren. Die Berliner Kulturwirtschaft wird durch gezielte Werbekostenzuschüsse unterstützt. Außerdem bringen wir den Aufbau eines zentralen digitalen Belegungsplans der großen Veranstaltungs-Locations für Messe, Kongresse, Kulturveranstaltungen und Hotellerie mit voran und erleichtern damit die Planung aller beteiligten Akteure untereinander.
Jede:r Berliner:in zwischen 16 und 21 Jahren soll darüber hinaus einmalig einen Kulturgutschein in Höhe von 100 Euro für das Jahr 2022 erhalten. Dieser soll für öffentliche und private Kulturveranstaltungen vom Theater über das Konzert bis zum Clubbesuch in Berlin einsetzbar sein. Wir wollen damit die Kultureinrichtungen unserer Stadt unterstützen, gleichzeitig das Interesse an der lebendigen Kulturszene nach Monaten der Pandemie wiederbeleben und uns für die große gelebte Solidarität auch durch individuellen Verzicht bei den jungen Menschen in unserer Stadt bedanken. Wir wollen außerdem in 2022

einmalig einen „Tag der Kultur“ veranstalten, der den Berliner:innen einen kostenfreien Eintritt in alle Kulturveranstaltungen in Berlin ermöglicht.

2. **Stärkung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Künstler*innen und Kulturarbeiter*innen**

Künstler:innen müssen mit ihren Gagen und Erlösen neben dem Lebensunterhalt auch Probe-, Atelier- und Aufführungsräume finanzieren und sind oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Corona-Pandemie hat viele Kunst- und Kulturschaffende in eine existentielle Krise gestürzt. Sie alle in dieser Krise und danach bestmöglich zu unterstützen, wird eine unserer Aufgaben in den kommenden Jahren sein. Hierzu gehört auch, dass Kulturförderung eine auskömmliche Finanzierung des Lebensunterhalts zum Beispiel durch Mindestgagen und Ausstellungshonorare für freischaffende Künstler:innen sicherstellt.

Auf Bundesebene setzt sich die SPD dafür ein, das System der sozialen Sicherung so weiterzuentwickeln, dass Kunst- und Kulturschaffende (und andere Soloselbständige wie Kulturvermittler:innen) auch in freien und hybriden Beschäftigungsformen besser und vor allem krisenresilient abgesichert sind. Neben der für uns wichtigen Künstlersozialversicherung und den bereits erreichten Verbesserungen in der Renten- und Krankenversicherung geht es vor allem um die **weitere Öffnung der sozialen Sicherungssysteme** einschließlich der Grundsicherung im Alter. Hierfür will die Berliner SPD auf eine entsprechende Nachverbesserung der Grundrente im Bund hinwirken. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung so weit zu einer Arbeitsversicherung weiter entwickeln, dass sie auch der freiwilligen Versicherung gegen Einnahmeausfälle offensteht. Darüber hinaus werden wir die Regelungen für die oftmals unregelmäßig oder nur kurzzeitig befristet Beschäftigten zum Beispiel im Bereich des Films und der Theater vereinfachen, um die soziale Absicherung zu verbessern. Wir werden eine grundsätzliche **Pflicht zur Altersvorsorge** einführen und Selbständige schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung integrieren. Die Mindestbeiträge zur Krankenversicherung für Selbständige haben wir im Bund bereits um mehr als die Hälfte gesenkt. Unser Ziel sind einkommensabhängige Beiträge wie bei abhängig Beschäftigten.

Die Berliner SPD fordert darüber hinaus Mindesthonorare für Solo-Selbstständige z.B. in der Dienstleistungs-, Kultur und Kreativwirtschaft sowie in der der Gründer:innenszene. Mit dem **„Berliner Modell"** und den Empfehlungen auskömmlicher Honoraruntergrenzen und Ausstellungshonorare für öffentlich geförderte Projekte konnten wir in dieser Legislaturperiode bundesweit Maßstäbe für eine auskömmliche Vergütung künstlerischer Leistungen setzen. Darauf wollen wir aufbauen und die Mindesthonorarempfehlungen auf Basis regelmäßiger Evaluierungen entsprechend weiterentwickeln. Denn für uns ist klar: gerade die öffentliche Hand muss Verantwortung übernehmen und Soloselbständige vor einer Selbstausbeutung schützen – das gilt auch für die Vergütung künstlerischer Produktion. Deshalb setzen wir uns in unserem Wahlprogramm für die Einführung einer **Mindestvergütung für Soloselbständige bei öffentlichen Aufträgen** ein, darunter sind beispielsweise viele Künstler:innen, Autor:innen und Maler:innen. Auch im Bund setzen wir uns dafür ein, Mindestgagen und Ausstellungshonorare für freischaffende Künstler:innen fest zu etablieren.

Die Berliner SPD hat den Bau von neuen Wohnungen in den Vordergrund ihres Wahlkampfes gestellt und wird die **Neubaupolitik der Stadt zur Chefinnensache** machen. Dabei werden wir dafür sorgen, dass Kunst- und Kulturräume in die Planung aller großen Neubauprojekte in Berlin, einschließlich öffentlicher Baumaßnahmen, einbezogen werden. Dazu wollen wir in Kooperation mit städtischen Unternehmen, Genossenschaften und privaten Eigentümer:innen zusätzliche Ateliers schaffen und vertraglich absichern. Das vom Senat neu gegründete **Bündnis „Kultur Räume Berlin"** bietet hierfür einen Rahmen, den wir weiter fördern und ausbauen wollen. Auch bei der Schaffung **landeseigener Kunst- und Kulturräume** haben wir wesentliche Fortschritte erzielt. So konnten wir durch gezielte Ankäufe, wie zum Beispiel das Kultur- und Veranstaltungszentrum Radialsystem V, in den letzten Jahren wichtige Kulturinfrastruktur in Landeshand sichern. Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass landeseigene Grundstücke weiterhin nur in Ausnahmefällen an Private veräußert werden. Ausnahmen sollen nur für Erbbaurechtsverträge nach Durchführung eines Konzeptverfahrens gelten. Diese **gemeinwohlorientierte Vergabepolitik** wird insbesondere Kunst- und Kulturschaffende bei der Selbstbeschaffung bezahlbarer Ateliers bestärken.

Die steigenden Gewerbemieten in Berlin und der lückenhafte Rechtsschutz durch das Gewerbemietgesetz des Bundes stellen eine weitere Herausforderung für Berliner Atelierstandorte dar. Wir wollen daher die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in die Lage versetzen, Kleingewerbe stärker in ihrem Gebäudebestand zu fördern. Um die soziokulturelle Infrastruktur durch Kleingewerbe dauerhaft zu sichern und auszubauen, setzen wir uns auf Bundesebene für die Möglichkeit der Einführung eines **Gewerbemietendeckels** ein. Um Kleingewerbetreibende, soziale und kulturelle Einrichtungen besser vor Kündigung und Mieterhöhungen zu schützen, treten wir im Bund für **neues Gewerbemietrecht** ein.

3. **Perspektivwechsel in der Förderpolitik von einer Produktorientierung hin zu einer Prozessorientierung sowie den Aufbau ressortübergreifender Verantwortlichkeiten und Förderprogramme**

Kultur ist für Berlin nicht nur gesellschaftliches Fundament, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Erst recht nach der Schwächung durch die Pandemie werden wir die Ausgaben für Kultur sichern, Arbeitsplätze im Kulturbereich verbessern, freie Strukturen stärken und die institutionellen Strukturen im Kulturbetrieb transparent und verbindlich gestalten. Auch Möglichkeiten, die vielfältigen kleinen Kulturangebote, vom Jazz-Konzert bis zum Fußball-Nachmittag, an Förderung teilhaben zu lassen, wollen wir weiterentwickeln.

Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass die Kultur- und Kunstförderlogik weiterentwickelt werden muss. Wir müssen es auch angesichts der Corona-Pandemie schaffen, sowohl die bestehenden und reichhaltigen kulturellen Infrastrukturen aufrechtzuerhalten als auch die Produktion künstlerischer und kultureller Inhalte zu ermöglichen.
Wir wollen eine Weiterentwicklung bestehender Förderlogiken auf Bundesebene hin zu inhaltlich strukturbildenden Maßnahmen und Impulsen. **Die SPD strebt deshalb einen Förderansatz an, der die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Künstler:innen stärker in den Blick nimmt und künstlerische Biografien ermöglicht** (z.B. durch Basisförderung, Residenzförderung, Langzeitstipendien, Kulturaustauschstipendien etc.), gleichzeitig aber auch eine Einbettung der Künstler:innenförderung in die Strukturförderung in Form von starken Kunstzentren, Ensemblebildungen und kuratierten Kunsteinrichtungen vorsieht. Wir streben deshalb ein **Kulturfördergesetz für Berlin** an, das der Kunst- und Kulturförderung eine **rechtliche und verlässliche Grundlage** gibt, eine **Neustrukturierung**

der Fördermaßnahmen vorsieht und das künstlerische Potenzial der Stadt nachhaltig weiterentwickelt. Die staatliche Förderung öffentlicher Kultureinrichtungen wie auch die Subventionierung privater Institutionen soll auf Basis von regelmäßigen Evaluationen erfolgen.

4. **Diversifizierung des Kultursektors durch die Entwicklung eines "Aktionsplans Diversität und Antidiskriminierung" als bereichsübergreifende Aufgabe**

Wir stehen für eine weltoffene Kulturpolitik, die die Vielfalt und Diversität der Stadt und ihrer Menschen abbildet und zukunftsweisende Offenheit lebt. Wir wollen eine Kultur für alle, mit allen und von allen. Alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Ethnie, Geschlecht, Behinderung, sexuellen Identität oder Religion sollen Zugang zur Kultur und kulturellen Bildung haben. Dies fördert die Persönlichkeitsentwicklung und schafft Raum für kulturelle und soziale Integration. Deshalb unterstützen wir den vielfältigen Amateurbereich wie Chöre und Tanzgruppen und alle anderen niedrigschwelligen Kulturangebote, die Berlin bereichern. Konkret heißt das zum Beispiel, die Entstehung eines Deutschen Chorzentrums in Neukölln und eines Hauses des Tanzes im ehemaligen Schillertheater zu befördern. Den Erfolg staatlicher Kulturinstitutionen wollen wir nicht nur über die Auslastung, sondern auch die Breite des erreichten Publikums bemessen. Hierbei ist uns besonders eine zunehmende Diversität im Hinblick auf soziale Schichten und Publikum mit Migrationshintergrund wichtig. Wir streben an, Kulturinstitutionen barrierefrei zugänglich zu machen.

Die Berliner KünstlerInnen tragen seit Jahren dazu bei, Berliner Subkultur(en) zu würdigen, aber auch queeren, afrodeutschen oder (post)migrantischen Künstler:innen mehr Sichtbarkeit im öffentlichen Raum zu verschaffen. Wir werden diesem Engagement gerecht und bauen Förderprogramme mit erweitertem Fokus auf minorisierte Gruppen und anderen Ansätzen wie feministische Performance und dekoloniale Ästhetik weiter aus. Ein möglichst flächendeckendes Kulturangebot – offen für alle – ist das Ziel unserer Kulturpolitik. Projekte wie das Diversitätsbüro **Diversity Arts Culture,** die Aufnahme des Kulturmonitoring-Programms oder auch das Programm „eintrittsfreier Sonntag in Berliner Museen“ zeigen, wie wirksam die sozialdemokratische Teilhabepolitik ist. Diesen Weg der Öffnung kultureller Angebote für die vielfältige Öffentlichkeit in Berlin muss auch für die

Theater- und Tanzkunst in Form von kostenlosen Theater- und Tanzangeboten in den Bezirken gelten – insbesondere für Senior:innen, Kinder und Geflüchtete öffnen.
Um die Vielstimmigkeit und Pluralität der Berliner Kunst- und Kulturszene in der Beratungsstruktur des Landes widerzuspiegeln, gilt es auf eine gleichberechtigte Repräsentation bisher unterrepräsentierter Gruppen zu achten wie z.B. queerer Künstler:innen, Künstler:innen of Color oder Künstler:innen mit Beeinträchtigung. Auch die Berliner Verwaltung soll Vorbild und Impulsgeber sein. Wir wollen unsere Vorreiterrolle hier weiter ausbauen und mit einer **Diversitätsoffensive** die Berliner Verwaltung weiterentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Migrationsgeschichte gemäß ihres Anteils an der Berliner Bevölkerung im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen beschäftigt werden.

5. **Ausbau der digitalen Infrastruktur aller Kultureinrichtungen verbunden mit konsequenter Ausrichtung der Kulturpolitik auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz**

Die Pandemie hat auch neue Wege der Kulturvermittlung aufgezeigt. Digitale Angebote bieten der Berliner Kultur einen weiteren Raum für Produktion, Präsentation, Dokumentation und Recherche. Wir wollen privatunternehmerische Initiativen wie beispielsweise „United We Stream“ bestärken und Digitalisierung auch in öffentlichen Einrichtungen fördern. Eine interaktive Online-Plattform zur digitalen Präsentation der im Stipendienzeitraum geschaffenen Werke aller Stipendienprogramme Berlins soll die Weltoffenheit und Qualität der Kunst dokumentieren. Auch in der Kultur-, Kunst- und Veranstaltungsbranche richten wir unsere Politik an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDG) und der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie aus. Die Berliner SPD steht der Anregung zur Subventionierung einer nachhaltigen Veranstaltungstechnik grundsätzlich positiv gegenüber und wird sie bei der weiteren kulturpolitischen Gestaltung berücksichtigen. Denn gerade die öffentliche Hand muss Verantwortung übernehmen – das gilt auch für die kulturelle Produktion.

6. **Förderung innovativer Prozesse in der Kultur- und Stadtentwicklung sowie Unterstützung von Modellprojekten der Urbanen Praxis**

Kultur ist so stark, wie sie lokal verankert ist. Die SPD räumt dem kulturellen Angebot in den Bezirken eine starke Rolle ein. Die bezirklichen Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen sowie Kulturhäuser, Museen und Theater leisten unverzichtbare Arbeit und sind für eine flächen-deckende kulturelle Versorgung der Bevölkerung und zur Förderung von interkultureller Bildung von besonderer Bedeutung. Die SPD in Berlin wird die bezirkliche Kulturpolitik weiter unterstützen und zusammen mit den Kulturverantwortlichen in den Bezirken neue Wege für eine gesicherte Kulturförderung entwickeln. Wir werden uns in besonderer Weise und mit all unserer Kraft für die Kultur einsetzen. Sie ist für die Wahrnehmung Berlins und die kulturelle Integration von herausragender Bedeutung. Für uns soll Berlin nicht nur die Hauptstadt, sondern auch eine Kulturmetropole für alle sein.
Die künstlerische Auseinandersetzung mit urbanem Raum und öffentlichen Bauwerken ist ein wesentlicher Bestandteil des kulturellen Selbstverständnisses Berlins. Die vielfältigen Kunstprojekte im öffentlichen Raum sind Ausdruck dieses Selbstverständnisses und ihr Erhalt steht im Mittelpunkt sozialdemokratischer Baukulturpolitik. Wir werden weiter daran arbeiten, Sichtbarkeit und Wahrnehmbarkeit von Kunst im öffentlichen Raum zu fördern und finanziell zu stärken. Wir behalten dabei alle Berliner Stadtteile im Blick und sorgen dafür, dass alle Bezirke urbane Kunst fördern. Dafür möchten wir das Konzept **„Kunst am Bau“** ausbauen und eine bessere Verzahnung mit dem Programm **„Kunst im Stadtraum“** anstreben. Wir halten weiterhin an der Verpflichtung der öffentlichen Hand fest, künstlerische Gestaltung bei städtebaulichen Maßnahmen zu berücksichtigen und unterstützen die private Bauwirtschaft dabei, ihren Beitrag zur Stärkung urbaner Kunst zu leisten. Hierbei wollen wir den **Beratungsausschuss Kunst** noch stärker einbinden. Bisher werden die Interessen bildender Künstler:innen im Ausschuss durch eine:n Vertreter:in der Berufsverbände für bildende Künstler:innen in Berlin gesichert. Wir werden uns dafür einsetzen, den bbk stärker in die Beratungsstrukturen der Senatsverwaltung für Kultur einzubinden. Form und Rahmen einer solchen Beteiligung wollen wir künftig im Dialog beraten.
All diese und weitere städtebauliche Maßnahmen zur Sichtbarkeit von Kunst im urbanen Raum sieht die Berliner SPD als Teil eines kulturbewussten Gesamtansatzes für Stadtentwicklung. Deshalb setzen wir uns für die Erstellung eines **Stadtentwicklungsplans Kultur** für Berlin ein, der einen Rahmen für die Umsetzung kultureller und künstlerischer Aspekte

in die Stadtplanung schafft und konkrete Projekte und Orte für Kunst und Kultur benennt und bei der Entwicklung von Stadtquartieren mitdenkt.

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Wir verbinden dies mit dem Dank für Ihr Engagement für die Kulturhauptstadt Berlin. Die Berliner SPD wird alles dafür tun, dass die Berliner Kultureinrichtungen wieder auf die Beine kommen und erfolgreich weiterbestehen.

Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. Dorothee Stahlberg

SPD LANDESVERBAND BERLIN · KURT-SCHUMACHER-HAUS · MÜLLERSTRAßE 163 · 13353 BERLIN · HTTPS://SPD.BERLIN